



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen**

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und  
Forschung**

**Ratingen [u.a.], 1971**

Mathematische-Naturwissenschaftliche Fakultät

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8193**

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat auf ihren Sitzungen am 25. Mai und 22. Juni 1971 die vorgelegten Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen ausführlich diskutiert. Sie ist zu der Überzeugung gekommen, daß diese Thesen, obwohl sie als ernsthafte Diskussionsgrundlage völlig unzureichend sind und viele Grundsatzprobleme, die mit der Errichtung von Gesamthochschulen zusammenhängen, nicht berücksichtigen, außerordentlich gefährliche Tendenzen enthalten.

Es mutet etwas willkürlich an, wenn man einfach die an einem Ort befindlichen Bildungseinrichtungen organisatorisch zu einer Gesamthochschule zusammenfassen will, ohne daß vernünftige Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Bei der derzeitigen Struktur der Universität Düsseldorf ist beispielsweise die Fachhochschule Düsseldorf nicht integrierbar und würde auch in einer Gesamthochschule ohne jeglichen Kontakt zu Nachbardisziplinen völlig isoliert dastehen. Es dürfte wohl kaum realistisch sein, die Integration durch die zusätzliche Errichtung einer Technischen Fakultät alten Musters zu erreichen. Die Worte ‚alten Musters‘ beziehen sich dabei nicht auf den Begriff Fakultät, sondern auf die Fächer, die bisher an Technischen Hochschulen vertreten waren. Einer neu gegründeten Universität mit der ursprünglichen Konzeption einer medizinisch-naturwissenschaftlichen Zusammenarbeit (dies wäre in der Tat ein hervorragendes Beispiel für eine echte wissenschaftliche Integration) müßte eine moderne Technische Fakultät angegliedert werden als Ergänzung zur Medizin, Naturwissenschaft und eventuell auch zu den Geisteswissenschaften.

Die vorgeschlagene Integration der Fachhochschulen Krefeld und Mönchengladbach wirft zudem die Frage auf, wie bei der räumlichen Entfernung eine Organisation verwirklicht werden kann.

Die Eingliederung der Kunsthochschule und der Musikhochschule veranlaßt zu der weiteren Frage, wo und wie die Absolventen dieser Schulen in der Gesamthochschule weitere Studienmöglichkeiten haben. Es ist ferner grundsätzlich zu fragen, welcher Sinn darin liegt, künstlerische Hochschulen mit wissenschaftlichen Hochschulen zu integrieren.

Alle diese Zusammenlegungen dürften nur dazu geeignet sein, einen Verwaltungsaufwand zu produzieren, der innerhalb kürzester Zeit zu einem organisatorischen Chaos führen muß. Bereits jetzt werden durch den wachsenden Verwaltungsaufwand Forschung und Lehre in zunehmendem Maße behindert. Die in den Thesen vorgesehene Möglichkeit der Versetzung und Abkommandierung von Professoren innerhalb und zu den verschiedenen Abteilungen würde aber die Forschung gefährden und von der Hochschule vertreiben sowie damit die Lehre in einem erheblichen Umfang beeinträchtigen.

Zu These 1 ist von seiten unserer Fakultät folgendes zu sagen:

Eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen einzelnen Studiengängen ist durchaus erwünscht. Wenn aber unter Sackgassen diese fehlende Durchlässigkeit verstanden wird, so muß darauf hingewiesen werden, daß durch nicht sachgerechte organisatorische Maßnahmen solche Sackgassen neu geschaffen werden. Die Diskussion über den Inhalt der Gesamthochschule muß der Diskussion über die Organisationsform vorausgehen. Ansätze zu einer derartigen inhaltlichen Diskussion sind in den vorliegenden Thesen nicht zu erkennen. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät möchte jedoch erklären, daß sie zu derartigen Diskussionen jederzeit bereit ist.

Es dürfte auch keinesfalls sichergestellt sein, daß die zukünftigen Studenten in zunehmendem Maße vorzugsweise in der Nähe ihres Wohnortes studieren möchten.

Falls dieser Eindruck entstanden ist, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß die Förderung der Studenten besonders bezüglich der Wohnmöglichkeiten völlig unzureichend ist.

Außerdem ist zu bemerken, daß die Aussage ‚nach den Erkenntnissen der Hochschulplanung‘ eine rein hypothetische Aussage darstellt, die erst an Hand eines Experimentes überprüft werden müßte.

Zur These 2.1 muß bemerkt werden, daß die verschiedenen Fachverbände der naturwissenschaftlichen Fächer wie zum Beispiel die Deutsche Physikalische Gesellschaft, die Gesellschaft Deutscher Chemiker, die Deutsche Bunsengesellschaft für Physikalische Chemie, die Deutsche Mathematikervereinigung, die Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik seit mehreren Jahren sich mit der Ausarbeitung neuer Studienpläne und Studiengänge beschäftigen, die zum Teil breiteste Ausbildungsmöglichkeiten vorsehen und bereits in den Rahmenordnungen der Diplomprüfungsordnungen berücksichtigt worden sind. Auch die Frage der Kurzstudiengänge und einer möglichen Abzweigung nach der ersten Hälfte des Studiums ist Gegenstand ausführlicher Überlegungen in den verschiedenen Gremien der genannten Gesellschaften. Inwieweit diese letzteren realisierbar sein werden, hängt jedoch nicht nur von den Universitäten ab, sondern auch von den späteren Berufsmöglichkeiten. Die Chemie dürfte hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel darstellen, da diese Industrie ihr chemisch-technisches Personal zur Zeit weitgehend selbständig ausbildet. Daß auch andere Industrie- und Wirtschaftszweige hierzu übergegangen sind, hat seinen Grund in der undurchsichtigen Bildungspolitik in unserem Lande, im Gegensatz zu den anderen Ländern Westeuropas. Für Fachkräfte greift die Industrie deshalb nicht auf das Angebot von Absolventen im „Graduierten-Stadium“ einer Universität oder Technischen Universität zurück, sondern bildet sie in eigenen Fortbildungskursen heran. Chancen in der chemischen Industrie zum Beispiel hat zur Zeit nur der promovierte Chemiker, der auf Grund seines Abschlusses ein vollwertiges wissenschaftliches Studium nachweisen kann.

Bei der Gründung eines Beirates, der derartige Fragen zu klären hätte, wäre es daher erforderlich, auch Vertreter der Praxis heranzuziehen, um möglichst zuverlässige Angaben über Berufsmöglichkeiten zu erhalten. Grundsätzlich sollten deshalb die Reformkommissionen in der überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder mit Fachleuten der betroffenen Fächer besetzt sein und nicht nach politischen Erwägungen zusammengesetzt werden. Studentische Vertreter in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Biologie sollten das Vorexamen bestanden haben, damit es in den Kommissionen zu sachgerechten Diskussionen kommen kann. Darüber hinaus sollten die Mitglieder der Kommissionen namentlich bekannt gemacht werden. Im übrigen muß an dieser Stelle betont werden, daß Kurzstudiengänge auch im Rahmen der bisherigen Universitäten und Technischen Universitäten durchführbar sind, ohne daß hierfür die Errichtung einer Gesamthochschule erforderlich wäre.

In diesem Zusammenhang muß besonders auf die Lehrerausbildung eingegangen werden, da die geplante Integration der Pädagogischen Hochschulen nicht ohne Auswirkung auf die Ausbildung von Gymnasiallehrern in den naturwissenschaftlichen Fächern bleiben wird, wie aus den Stellungnahmen der GEW in der letzten Zeit zu erkennen ist. Die Neigung unter den Abiturienten und Studenten, sich für das Studium des höheren Lehramts in Mathematik oder einem naturwissenschaftlichen Fach zu entschließen, ist bei der derzeitigen Situation sehr gering. Es ist zu befürchten, daß das erziehungswissenschaftliche Begleitstudium ein immer stärkeres Übergewicht gegenüber den von den Studenten gewählten Lehrfächern erhält. Es besteht ferner der Eindruck, daß von staatlicher Seite aus eine sachgerechte wissenschaftliche Ausbildung in den Hauptfächern immer weniger Wert gelegt wird. Es muß deshalb mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Vertreter der Mathematisch-

Naturwissenschaftlichen Fakultäten auf diese Verhältnisse wiederholt hingewiesen haben, ohne jedoch bei den zuständigen Stellen Verständnis gefunden zu haben. Die Mathematiker und Naturwissenschaftler verlangen deshalb, daß die Errichtung einer Gesamthochschule bezüglich der Lehrerausbildung auf keinen Fall dazu führen darf, daß eine ordnungsgemäße fachwissenschaftliche Ausbildung nicht mehr möglich wird, wie es dann der Fall wäre, wenn sie nur als ein Anhängsel zum allgemeinen erziehungswissenschaftlichen Studium betrieben würde.

In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß der Ausbau der Pädagogischen Hochschulen zu wissenschaftlichen Hochschulen ursprünglich von ihnen selbst und der GEW dadurch motiviert war, die fachwissenschaftliche Ausbildung der Lehrer aller Schularten zu verbessern (vgl. hierzu das von Prof. v. Engelhardt, Tübingen, für die WRK erstellte Gutachten im Jahre 1966).

Bezüglich der Thesen 3.3 und 3.4, jeweils letzter Absatz, kann auf die einleitenden Bemerkungen dieser Stellungnahme verwiesen werden. Es muß jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die in diesen Absätzen angedeutete Möglichkeit der Versetzung und Abkommandierung von wissenschaftlichen Hochschullehrern durch den „Senat“ in andere Abteilungen praktisch die völlige Lähmung der Forschung in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern zur Folge haben wird. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß unter diesen Bedingungen eine Abwanderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von der Universität erfolgen wird, da der Beruf eines Hochschullehrers (d. h. eines Lehrers und Forschers) auf die Funktion eines Lehrers beschränkt wird. Unter diesen Arbeitsbedingungen ist es einfach nicht mehr attraktiv und befriedigend, die Laufbahn eines Hochschullehrers einzuschlagen. Die wissenschaftlich hochqualifiziertesten Mitarbeiter werden mit Sicherheit versuchen, so schnell wie möglich in einem Forschungsinstitut arbeiten zu können (z. B. MPI). Es dürfte deshalb ernstlich zu fragen sein, ob diese Maßnahmen und Möglichkeiten, die hier angedeutet werden, noch mit der in Artikel V, 3, des Grundgesetzes garantierten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre übereinstimmen.

Spätestens an dieser Stelle dürfte es ersichtlich sein, daß die neuen 10 Thesen zur Personalstruktur in unmittelbarem Zusammenhang mit den Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen stehen. Beide Thesenvorschläge für sich erschweren in den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten und sicher auch in den Medizinischen und Technischen Fakultäten die erfolgreiche Durchführung von Lehr- und Forschungsaufgaben. Zusammengenommen dürften aber ihre Folgen für die Zukunft von katastrophaler Auswirkung sein.

## **Universität Düsseldorf**

## **Der Personalrat**

Die Integration der z. Zt. bestehenden Hochschuleinrichtungen erscheint nur dann sinnvoll, wenn alle divergierenden Merkmale beseitigt werden. Wie in Ziff. 3.2 des Erlasses ausgeführt wird, sind Personalstruktur und Zugangsvoraussetzungen an den einzelnen Hochschularten so unterschiedlich, daß eine Vergleichbarkeit noch nicht gegeben ist. Will man diese Hochschuleinrichtung integrieren bevor die Personalstruktur und die Zugangsvoraussetzungen angepaßt sind, führt das zu einer Diskriminierung einzelner Hochschuleinrichtungen bzw. Abteilungen innerhalb der Gesamthochschule.

Vor der Integration muß daher die Konsolidierung stehen, d. h. das Studienangebot muß reformiert, die Personalstruktur muß vereinheitlicht und die Zugangsvoraus-